Die englischen Arbeiter gegen die Entente-Forderungen

*

Ein Manifest der Labour Party über Arbeitslosigkeit, Frieden und Entschädigungsfrage

*

1921

Buchhandlung Vorwärts, Berlin

Institut für Europäische Geschichte · Mainz

NK 154
Institut für Europäische Geschichte • Mainz •
10726

Arbeitslosigkeit, Friede und Entschädigungsfrage.

Jedermann weiß, daß als Folge des Krieges, der Blockade und des Friedens der ganze europäische Kontinent verarmt ist. Jeder erkennt, wenn auch unklar, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Unfähigkeit dieser verarmten Millionen, unsere Waren zu kaufen, und der Arbeitslosigkeit hierzulande. Um uns aber einen Begriff von dem Umfang der Katastrophe zu machen, müssen wir die Einbildungskraft zu Hilfe nehmen. Unsere Regierungen sind anscheinend unfähig dazu. Wenn durch irgendeine noch nie dagewesene Naturkatastrophe, durch ein Erdbeben ganz Mitteleuropa und Rußland vom Meer verschlungen worden wären, wenn nur wenige Bergrücken noch aus den Fluten hervorragten, dann würde niemand sich über schwere Rückschläge dieses Ereignisses auf unser eigenes Wirtschaftsleben wundern. Das gleiche ist aber der Wirkung nach tatsächlich eingetreten, soweit unser Handel in Betracht kommt. Hunderte Millionen zivilisierter Wesen haben, vom Standpunkt des Handels aus, für uns aufgehört zu existieren: das heißt aufgehört, für uns Käufer oder Verkäufer zu sein.

Man kann diese europäische Verarmung auf verschiedene Art und Weise veranschaulichen. Ein neutrales statistisches Bureau schätzt den Verlust an Menschenleben, der durch die Kriegsereignisse, durch die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer und durch den Geburtenrückgang verursacht ist, auf ungefähr 40 Millionen. Das entspricht der Bevölkerung eines Landes wie Frankreich. Hinzu kommen ungefähr 10 Millionen Kriegskrüppel. Sie alle sind vor dem Krieg Produzenten und Konsumenten gewesen. Jeder einzelne Faktor im Produktionsprozeß hat gelitten, von der Gesundheit des Arbeiters bis zur Leistungsfähigkeit der Maschinen. Professor Starling schätzt in einem offiziellen Bericht an die britische Regierung, daß die Ertragfähigkeit des Bodens in Deutschland um 40 Proz. zurückgegangen ist. In Rußland gibt es heute eine Lokomotive auf drei Lokomotiven der Vorkriegszeit. Auch die Kurse und Valuten reden eine deutliche Sprache. Vor dem Krieg konnte jeder Deutsche, der eine Mark auf der Sparkasse hatte, dafür eine Münze im Werte eines Shillings eintauschen. Heute erhält er ein Stück Papier, das einen Penny wert ist. Und das ist noch ein günstiges Beispiel, denn das entsprechende österreichische, polnische und russische Geld hat kaum noch einen feststellbaren Wert.

Europa zu arm um zu kaufen.

Unsere eigenen Handelsberichte spiegeln diese Verarmung des Kontinents in Ziffern wider, die keines Kommentars mehr bedürfen. Wir kaufen wenig von Europa und verkaufen ihm noch weniger. Die Zahlen unseres Exporthandels lassen, in Geld ausgedrückt, diesen Rückgang nicht in seinem vollen Umfang erkennen. Um einen einwandfreien Vergleich zu erzielen, muß der Wert unseres Exports von 1920 auf die Preise von 1913 umgerechnet werden. Geschieht das,

so ergibt sich, daß unser Exporthandel heute nur 71 Proz. des Handels von 1913 beträgt. Dieser Verlust von 29 Proz. gibt einen Anhaltspunkt für die Verarmung unserer auswärtigen Abnehmer. Um die Verwüstungen des Krieges auf dem Kontinent wieder gutzumachen, müßte unser heutiger Export größer, nicht geringer als derjenige der Vorkriegszeit sein.

Auch die Zahlen des Schiffsverkehrs geben wertvolle Aufschlüsse. Die folgende Tabelle zeigt die Nettotonnage der Schiffe, die im Jahre 1913 resp. 1920 aus russischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Häfen in unsere Häfen einliefen, und ebenso derjenigen Schiffe, die unsere eigenen Häfen nach Häfen jener Länder als Bestimmungsort verließen. Dies ist natürlich kein ganz genauer Maßstab für unseren Import und Export. Aber es gibt immerhin ein gutes Vergleichsbild für die zwei Jahre.

	1913		1920	
	Ein-gelaufen	Aus-gelaufen	Ein-gelaufen	Aus-gelaufen
Rußland: Nordhäfen	3 315 243	3 296 217	432 492	75 488
Südhäfen	566 534	327 945	105 246	40 349
Pazifische Häfen	61 921	36 752	26 659	2 839
Deutschland	2 537 581	5 810 076	603 215	760 122
Oesterreich-Ungarn	128 758	619 794	20 554	47 888
Summa . .	6 610 037	10 090 784	1 188 166	926 686

Ein Schiff, das nach einem pazifischen Hafen ausläuft, kann natürlich seine Fracht teilweise unterwegs löschen. Ebenso kann ein Schiff, das aus einem südrussischen Hafen kommt, unterwegs türkische oder andere Waren geladen haben, ehe es unsere Küsten erreicht. Die russischen Häfen, die für 1920 angeführt werden, müssen baltische oder georgische Häfen sein, und ein großer Teil der nach ihnen verfrachteten Waren bestand aus Kriegsvorrat für Wrangel und Denikin. Nach Sowjetrußland wurde selbstverständlich nichts verschifft. Diese Zahlen*) geben deshalb noch nicht einmal die volle Wahrheit.

Aber auch so reden sie schon deutlich genug. Wir haben 1920 auf direktem Weg noch nicht ein Zehntel dessen nach russischen, deutschen und österreich-ungarischen Häfen verfrachtet, was wir im Jahre 1913 hinaussandten.

Export und Arbeitslosigkeit.

Der deutsch-englische Handelsverkehr ergibt das gleiche Bild. Da der Wert der Waren, in Pfund Sterling gemessen, auf dem Weltmarkt seit 1913 ungefähr um das 3¾fache**) gestiegen ist, muß für Vergleichszwecke eine entsprechende Korrektur erfolgen. 1920 betrug unser englischer Export an Rohmaterial und Fertigfabrikaten (ausschließlich der auswärtigen und kolonialen Waren) nach Deutschland 21 723 260 Pfund Sterling. Das würde nach den Preisen der gleichen Waren im Jahre 1913

*) Aus „Account relating to trade and navigation. Dez. 1920, S. 333.

**) Siehe „General report on the Industrial and Economic Situation in „Germany", Cond 1114, S. 54 und 79. Das Verhältnis von 3¾ ist dem Internationalen Statistischen Bureau in Haag entlehnt.

5 792 000 Pfund Sterling ausgemacht haben. Unser Export nach Deutschland im Jahr 1913 wurde auf 40 677 379 Pfund Sterling geschätzt. Mit anderen Worten: Unsere Ausfuhr nach Deutschland beträgt heute weniger als ein Siebentel unserer Ausfuhr von vor dem Krieg.

Der Verlust, der auf das völlige Verschwinden unseres Handels mit Rußland zurückzuführen ist, kann nicht mit Genauigkeit festgestellt werden, da Polen und die Ostseestaaten in den Vorkriegsstatistiken nicht getrennt aufgeführt waren. Er beträgt aber zweifellos den größeren Teil der 18 Millionen Pfund Sterling, auf die unsere Ausfuhr nach Rußland im Jahre 1913 geschätzt wurde. Darunter waren Werkzeuge, Maschinen und Erzeugnisse der elektrischen Industrie im Werte von 5 Millionen Pfund. Zum Zwecke des Vergleichs müssen heute auch diese Zahlen mit 3¾ multipliziert werden, um einen Begriff davon zu geben, wie unser Export gelitten hat.

Oesterreich-Ungarn ist so zerstückelt worden, und seine Bestandteile sind in so viele verschiedene Hände: polnische, italienische, rumänische und serbische übergegangen, daß es sehr schwierig ist, einen Vergleich zwischen damaligen und heutigen Handelsziffern anzustellen. Trotz der unvermeidlichen Fehlerquellen ist aber eine vergleichsweise Gegenüberstellung unseres Gesamtexportes nach diesen drei Ländern für 1913 und 1920, sowie für 1920 — zu Vorkriegspreisen berechnet — von Interesse.

	1913	1920	1920 nach den Vorkriegspreis.
	£	£	£
Rußland	18 103 000	11 893 000	3 172 000
Deutschland	40 677 000	21 723 000	5 792 000
Oesterreich-Ungarn	4 480 000	3 969 000	1 060 000
Summe . .	63 260 000	37 585 000	10 024 000

So berechnet, betrug unsere Ausfuhr nach Mitteleuropa und Rußland im Jahre 1920, auf Vorkriegspreise umgerechnet, 15 Proz. unseres Exports vom Jahr 1913.

Dadurch wird im großen und ganzen das bestätigt, was schon die Schiffsverkehrstabellen und die deutschen Tabellen erwarten lassen, nämlich daß unser Export nach Mitteleuropa und Rußland heute nur noch ein Zehntel bis ein Siebentel unseres früheren Exports beträgt. Das bedeutet den Verlust von nahezu einem Sechstel unseres gesamten Auslandshandels. Der Rückgang unseres Handels mit Deutschland, Rußland und Oesterreich allein reicht aus, um den größten Teil unserer heutigen Arbeitslosigkeit zu erklären.

Es würde ein schwerer Fehler sein, dies Darniederliegen unseres Handels mit fatalistischer Ergebung als unvermeidliche Folge des Krieges zu betrachten. Sicherlich kann ein Krieg dieses Umfangs nicht ohne schwere wirtschaftliche Rückschläge vorübergehen. Aber dieser Krieg wurde unnötigerweise verlängert, um dem Gegner den Todesstoß, den „Knock-out-blow" zu versetzen, von dem Europa sich heute noch nicht erholt hat.

Die Blockade gegen Deutschland wurde noch sieben Monate nach dem Waffenstillstand aufrechterhalten und damit der Beginn der wirtschaftlichen Wiederherstellung Mitteleuropas unnütz verzögert. Und die Friedensverträge haben Ruin und Verzweiflung nur vermehrt.

Laßt Rußland Handel treiben!

Rußland bietet das schlagendste Beispiel für die frevelhaften Verluste und Leiden, die die Politik unserer Regierungen sowohl für die russische wie für die englische Arbeiterklasse heraufbeschworen hat. Als die Revolution ausbrach, stand Rußland am Rande des wirtschaftlichen und finanziellen Ruins. Die Hauptursache war das Aussterben der Städte. Durch unsere direkten Angriffe, durch Kriegsmaterial, mit dem wir jeden verschwenderisch bedachten, der sich zum Angriff gegen Sowjet-Rußland bereitfand, durch den polnischen Krieg und die Blockade zur See haben wir den Ruin des Landes vollendet und den Wiederaufbau verzögert. Sogar nachdem man den Wahnsinn dieser Politik erkannt hatte, ist noch ein ganzes weiteres Jahr durch Verschleppung der Beratungen über das Handelsabkommen — das heute noch nicht perfekt ist — vergeudet worden.

Wenn wir auf die gewaltigen Mengen Holz, Flachs, Korn, Butter und Eier hinweisen, die wir vor dem Krieg von Rußland importierten, wird oft entgegnet, daß Rußland heute nicht in der Lage ist, diesen Handel wieder aufzunehmen. Das ist in der Hauptsache wahr. Rußland braucht Sägen und Aexte, um sein Holz zu fällen. Es braucht Schuhzeug, Werkzeuge, Maschinen, um seinen Bauern ihr Korn abzukaufen; es braucht Ersatzteile für seine Lokomotiven, um das Eisenbahnsystem wieder in Ordnung zu bringen und um die sibirischen Produkte nach den Häfen zu befördern. Vor allen Dingen aber, und mehr als alles andere braucht es Frieden, um seine Armee demobilisieren zu können. Denn die Hauptursache seiner Schwierigkeiten ist der Mangel an Arbeitskräften. Die Alliierten haben drei Jahre lang alles, was in ihrer Macht stand, getan, um Rußland zu vernichten. Ihr Zweck ist zum Teil erreicht. Monate werden vergehen, ehe an einen Export in großem Maßstab gedacht werden kann — Jahre, ehe die Produktionskräfte Rußlands wieder voll leistungsfähig werden. In der Zwischenzeit aber kann Rußland, in begrenztem Umfang, mit Gold zahlen, und dies Gold können wir brauchen, um anderweitig unseren Bedarf zu decken. Die Rückwirkung auf die Arbeitslosigkeit würde eine sofortige sein. Rußland braucht alle nur erdenklichen Fabrikate: von Schuhzeug und Kleidung bis zu Nägeln und Schrauben. Vor allen Dingen aber braucht es Maschinen; besonders landwirtschaftliche Maschinen und Erzeugnisse der elektrischen Industrie. Die russischen Bauern schneiden ihre Ernte mit Sicheln, während Tausende von landwirtschaftlichen Maschinenbauern in England arbeitslos sind.

Es handelt sich jetzt nicht nur darum, solche Fabrikate im Wert von einigen Millionen Pfund nach Rußland auszuführen, wie vor dem Krieg:

ein Rückstand von 6 Jahren, verursacht durch die deutsche und dann durch die Ententeblockade, ist nachzuholen. Die Sowjetregierung hat, der Blockade und dem Bürgerkrieg zum Trotz, mit dem Wiederaufbau der gesamten Industrie, des Transportwesens und der Landwirtschaft, auf der Basis der Elektrifizierung, begonnen. Drei von den dreißig Kraftwerken, die geplant werden, sind im Bau. Der Versuch, an Stelle der primitiven landwirtschaftlichen Methoden der Zarenzeit moderne, wissenschaftliche Methoden einzuführen, wird unter unausdenkbaren Schwierigkeiten gemacht. Ist er erfolgreich, so kann die Ertragfähigkeit des Bodens um das Vier- und Fünffache gesteigert werden. Wenn wir Maschinen liefern, dann werden die Goldzahlungen bei uns sofortige Mehreinstellung von Arbeitern nach sich ziehen, und die Russen werden die Möglichkeiten ihres Landes entwickeln können, das — bei Anwendung moderner wissenschaftlicher Methoden mit Leichtigkeit imstande wäre, ganz Europa zu ernähren. Ob und wie schnell die Sowjetregierung ihre gewaltigen Wiederaufbaupläne durchzuführen vermag, bleibt abzuwarten. Das eine ist sicher, daß sie — wieviel auch immer an ihren Maßnahmen auszusetzen ist — bedeutende organisatorische Fähigkeiten gezeigt hat. Die Erfolge der Roten Armee, die ausgebildet, genährt, gekleidet und bewaffnet werden mußte, beweisen es. Aber man verlangt hier von uns kein Bekenntnis zur Sowjetregierung — man verlangt vorläufig von uns nur, daß wir den Handel mit Rußland gegen Goldzahlung freigeben. Wenn der Export von Sägen und Pflügen erst in natürlicher Folge den Import von Holz und Weizen nach sich zieht, dann werden wir besser in der Lage sein, ein Urteil über die Zukunft zu fällen.

Deutschland, das Produktionszentrum Europas, arbeitet heute unter der schweren Belastung des Versailler Friedens. Wir wollen uns nicht in einen Streit darüber einlassen, inwieweit man ein Recht hat, eine ganze Nation, mit Einschluß der hilflosen Kinder der Arbeiterklasse, für einen Krieg zu bestrafen, in den — wie Lloyd George uns jetzt sagt — sogar ihre Regierung nur „hineingeschlittert" ist. Es genügt, zu beweisen, daß die wirtschaftlichen Folgen der Strafmaßnahmen die ganze zivilisierte Welt, mit Einschluß unseres eigenen Landes, treffen werden. Daß die größte Produktionswerkstatt Europas in diesem Augenblick der Weltknappheit lahmgelegt wird, ist ein Unglück für alle. Die Labour Party, die von Anfang an für die Revision des Friedens eingetreten ist, hat eingehende Untersuchungen veröffentlicht, die im einzelnen zeigen, wie Deutschlands Produktion und Handel gelitten haben: durch Gebietsverluste, die nicht immer ethnographisch begründet sind, durch den Verlust von Eisenerzen und Kohlenfeldern, durch die Auslieferung des größten Teiles seiner Handelsflotte, durch Aufhebung der Gegenseitigkeit in den Handelsbedingungen, durch Liquidierung seiner Geschäfte und durch Vertreibung seiner Kaufleute von Uebersee. Aber jetzt erst erscheint das größte Unrecht des Friedensvertrages in vollem Licht: denn jetzt erst ist der Betrag der Entschädigung festgesetzt.

Die phantastische Entschädigung.

Wir wünschen, daß Frankreich und Belgien für die grausamen Zerstörungen, die sie erlitten haben, entschädigt werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus würde die zweckmäßigste Form der Entschädigung die tatsächliche Wiederherstellung der zerstörten französischen Städte und Bergwerke durch deutsche Arbeit und deutsches Material sein. Die Franzosen aber, obwohl sie bereit sind, das Material zu diesem Zweck von Deutschland in Empfang zu nehmen, lehnen den Vorschlag, deutsche Arbeiter nach Frankreich kommen zu lassen, ab. Man erinnert sich des Vorschlags des ermordeten sozialistischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der in Deutschland freiwillige Arbeiterregimenter bilden wollte aus denen, die die Zerstörungen als einen Flecken auf Deutschlands Ehre betrachteten. Unsere Ansicht stimmt mit derjenigen der hauptsächlichen englischen und amerikanischen Finanzsachverständigen in Versailles, Keynes und Baruch, darin überein, daß der Friedensvertrag gegen Treu und Glauben verstößt, indem er Verpflichtungen auferlegt, die durch die Waffenstillstandsbedingungen nicht gerechtfertigt werden. Nur durch juristische Wortklauberei kann zu der unbestreitbaren Verpflichtung, Zivilpersonen für die auf ungesetzlichem Wege zugefügten Schäden zu entschädigen, die weitere schwerwiegende Verpflichtung hinzugefügt werden, den alliierten Staatskassen ihre Ausgaben für Pensionen und Familienunterstützungen zurückzuerstatten. Kein ehrlicher Mensch kann aus dem Passus des Waffenstillstandsvertrages: „Alle Schäden, welche der Zivilbevölkerung der Alliierten oder deren Eigentum durch Land-, See- oder Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind", entnehmen, daß damit die Wiedererstattung der Pensionen und Familienunterstützungen gemeint ist. Durch diese Unterstellung schwillt die geforderte Gesamtsumme zu einer Höhe an, die sowohl das weit übersteigt, was die Alliierten von Rechts wegen fordern, als das, was die Deutschen leisten können. Keynes, der beide Summen auf ungefähr 2000 Millionen Pfund Sterling (von denen ein Viertel schon bezahlt ist) abschätzte, ist damit wahrscheinlich einer vernünftigen und gerechten Bewertung nahe gekommen. Die Summe ist jetzt auf 11 300 Millionen Pfund Sterling, zahlbar in 42 Jahren in Annuitäten von 100 bis 300 Millionen festgesetzt worden. Ueber diese Belastung hinaus besteht noch eine veränderliche und unberechenbare Verpflichtung in der Form der 12prozentigen Ausfuhrabgabe. Wir glauben nicht, daß Deutschland diese Summen auch nur annähernd zahlen kann. Und wir glauben nicht, daß die Völker der Entente sich dazu hergeben werden, die militärischen Lasten auf ihre Schultern zu nehmen, die zur zwangsweisen Eintreibung dieses Tributes auf 30 oder 40 Jahre nötig sein werden. Das ganze Verfahren ist unserer Ansicht nach unehrlich und ein Bluff. Aber selbst wenn die Alliierten, wie gewöhnlich, im entscheidenden Augenblick ihre Forderungen hinausschieben und ermäßigen, bleibt die Aussicht auf unabsehbare Verwirrung und dauernden Militarismus, und das ruft wieder die

dauernde Gefahr revolutionärer Erhebungen oder militärischer Revanche hervor. Hier wollen wir uns jedoch auf die wirtschaftlichen Folgen der Entschädigung für die Arbeiterklasse aller beteiligten Länder beschränken.

Deutschland kann nur auf eine Art und Weise die Entschädigung bezahlen, nämlich durch Ueberschüsse seines Exports über seinen Import. Mit anderen Worten: es muß mehr ausführen als es einführt. Es muß seinen Konsum herabsetzen und seine Produktion für Ausfuhrzwecke vermehren.

Es ist nicht leicht, sich vorzustellen, wie es das — selbst im beschränkten Umfang — ermöglichen kann, ohne verhängnisvolle Wirkung auf seine Lebenshaltung. 1913 bestand 35 Proz. seiner Einfuhr in Rohstoffen. Diese wird in demselben oder erhöhten Umfang auch weiter nötig sein. Hinzu kamen 28 Proz. für Lebensmittel und ähnliche Waren, nur 4 Proz. waren Luxuswaren (Kaffee, Tabak, Wein). Aber seitdem ist seine eigene Lebensmittelproduktion gesunken, seine Ernten liefern nur noch ungefähr den halben Ertrag der Vorkriegszeit. Es kann hier nicht sparen, ohne zu verhungern. Es kann nur sparen durch Verringerung des Imports von Fertigwaren, was natürlich für uns selbst einen Schaden bedeutet. Auf der anderen Seite muß man, was die Steigerung des Exports betrifft, in Betracht ziehen, daß es drei Viertel seines Eisenerzes verloren hat (ein sehr schwerwiegender Faktor für seine Handelsbilanz). Sein für industrielle und häusliche Zwecke verfügbarer Kohlenvorrat wird vom Kohlenkontrolleur (auf Grund zweier Monate des letzten Jahres berechnet) auf 64 bis 69 Proz. des Friedensvorrats geschätzt. Dazu verliert es jetzt vielleicht die oberschlesische Kohle. Und die Alliierten verlangen eine erhöhte monatliche Lieferung. Wie kann es mit wenig Eisen und noch weniger Kohle seine Produktion steigern? Auch seine alten Märkte hat es verloren. Fast alle Alliierten und einige Neutrale wehren sich gegen seine Waren mit der Begründung des Dumping. Rußland und Oesterreich-Ungarn waren Abnehmer von 19 Proz. seines Vorkriegsexports und beide sind ruiniert. Außerdem wird sein Export durch die neue 12prozentige Abgabe belastet, die seine Konkurrenzfähigkeit vermindern wird und zweifellos auch vermindern soll.

Vor dem Kriege hatte Deutschland keinen Ausfuhrüberschuß aufzuweisen, oder vielmehr, Deutschland hatte eine beträchtliche „unsichtbare" Ausfuhr (Frachten, Bankgeschäfte, Kapitalanlagen). Das alles hat es verloren. Es führte 1913 Waren im Werte von 538 Millionen Pfund Sterling ein und im Werte von 504 Millionen Pfund Sterling aus. Die heutige Handelsbilanz ist weit ungünstiger. Der Export wurde 1919 auf 94 Millionen Pfund Sterling und der Import auf 343 Millionen Pfund Sterling geschätzt. (Diese Summe muß zum Zweck des Vergleichs durch $3\frac{3}{4}$ dividiert werden.) Die Tabellen der ersten 5 Monate von 1920 zeigen allerdings eine gewisse Aufwärtsbewegung, aber es bleibt ein Defizit, und von einer Annäherung an die Vorkriegszahlen kann nicht im entferntesten gesprochen werden. Für das Jahr 1920 ist, obwohl die vollständigen Tabellen noch nicht erschienen sind, bereits festgestellt, daß allein die Einfuhr von Lebensmitteln den Wert der gesamten Ausfuhr übertrifft.

Wenn die Alliierten verlangen, daß dieses Defizit sofort in einen Handelsüberschuß von 100 Millionen Pfund Sterling, eventuell sogar bis zu 300 Millionen Pfund Sterling umgewandelt werden soll, so liegt es auf der Hand, daß sie mit ganz phantastischen, tatsächlich nicht vorhandenen Summen spielen.

Vom Standpunkt des Außenhandels aus betrachtet, bedeutet eine Entschädigung unbezahlte Exporte, die ohne eine Gegenleistung an Einfuhrgütern ausgeführt werden. Vom Standpunkt der Binnenwirtschaft heißt das, daß die zahlungspflichtige Nation auf dem Wege der Besteuerung die Waren, die Löhne der Arbeiter und die Gewinne der Kapitalisten, die die Exportgüter produzieren, aufbringen muß. Wenn man die Sache von dieser Seite aus betrachtet, dann erscheint es noch viel mehr ausgeschlossen, sich auch nur vorzustellen, wie Deutschland die Entschädigung bezahlen soll. Deutschland hat noch große Aktiven in seiner Industrie; es hat sein Organisationstalent nicht verloren, im letzten Jahre Fortschritte gemacht, obwohl es noch nirgends den Friedensstand seiner Produktion wieder erreicht hat. Das wiederholt immer wieder der letzte britische offizielle „Generalbericht" (General Report) [Cond. 1114, p. 11]; aber selbst dieses ziemlich optimistische Schriftstück erklärt, daß die Gefahr des „Bankrotts" noch immer besteht. Die nationale Schuld wächst weiter, und der Kurs ist weiter fallend und schwankend. Das Defizit dieses Jahres beträgt 70 200 Millionen Mark, ohne auch nur einen Pfennig für Reparationskosten zu rechnen. Es ist schwer vorzustellen, wie die Steuerschraube noch sehr viel mehr angezogen werden sollte; denn wie der Bericht angibt (p. 13), ist das Volkseinkommen (d. h. die gesamten Verdienste und Gewinne der Bevölkerung) schon bis zu 43 Proz. besteuert. (Diese Zahl ist eine mutmaßliche Schätzung und kann nicht als endgültig angesehen werden.) Es werden Versuche gemacht, um zu beweisen, daß Deutschland weniger scharf besteuert ist als England. Allerdings — der augenblickliche Geldertrag der Steuern ist geringer, wenn man die Mark gleich 1 Penny (8½ Goldpfennige) rechnet; aber solche unanständigen Berechnungen übergehen die entscheidende Tatsache, daß mit dem Markstand auch die deutschen Einkommen gefallen sind. Es mag stimmen, daß, wie die „Times" sagt, das Bier weniger besteuert wird; aber dafür hat Deutschland sowohl eine Kapitalabgabe wie eine besondere Abgabe auf Kriegsgewinne gehabt. Die Einkommensteuer beginnt augenblicklich mit einem Abzug von zehn Schilling von 25 Pfund Sterling Einkommen und steigert sich progressiv. 100 Millionen Pfund Sterling, der Betrag der diesjährigen Abgaben, bedeutet beim heutigen (30. Januar) Valutastand 22 400 Millionen Mark.*) Das Jahresdefizit und die Entschädigung machen zusammen 92 600 Millionen Mark aus. Das Volkseinkommen beträgt etwa 100 000 Millionen Mark. Mit anderen Worten: Deutschland sähe sich gezwungen, dies Jahr doppelt so viel auszugeben, wie sein Einkommen ausmacht. Das bedeutet Bankrott.

*) 3 Tage später stand das Pfund Sterling auf 269 Mk. Der Durchschnitt scheint etwa 240 Mk. zu sein, d. h. 1 Mk. = 1 Penny.

Schwitzsystem für den deutschen Arbeiter.

Wir wollen trotzdem einmal annehmen, daß durch irgendein Zauberkunststück die märchenhaften Summen gezahlt werden könnten — durch zwangsweise internationale Anleihen, durch weiteres Inbetriebsetzen der Notenpresse, durch amerikanische Kredite, durch Verpfändung von Bodenschätzen oder Verkauf von Unternehmungen an ausländische Kapitalisten. Schließlich ist die ganze Frage eine Arbeiterfrage. Irgendwie müssen die Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands diesen jährlichen Ueberschuß von 100 Millionen Pfund Sterling, ansteigend in 10 Jahren bis zu 300 Millionen Pfund Sterling (plus 12 Proz. Ausfuhrabgabe) für den ausländischen Konsum produzieren. Irgendwie müssen sie darauf aus sein, sich über die verschiedenen Hindernisse feindlicher Schutzzölle, Anti-Dumping-Gesetze und diese neue Exportabgabe von 12 Proz. hinwegzusetzen. Zugegeben, mittels wissenschaftlicher Organisation; aber kann es selbst dann geschafft werden, ohne die augenblickliche niedrige Lebenshaltung noch mehr hinabzudrücken?

Die Tatsachen über die augenblicklichen Lebensverhältnisse in Deutschland sind gut bekannt, wir brauchen nur die offizielle Berichterstattung zu zitieren. Der sehr interessante Bericht (Cond. 1114) ist voller Material. Die allgemeine Preissteigerung über das Niveau von 1913 ist als das 3¾fache in England und das 10—12fache in Deutschland angegeben (p. 54). Nahrungsmittel sind um das 13fache gestiegen, wie die Zahlen auf der gleichen Seite angeben. Die allgemeine Indexziffer in der Haupthandelszeitung Deutschlands, der „Frankfurter Zeitung", betrug an Neujahr 1473 (gegen 100 im Jahre 1913), was eine Vermehrung auf beinahe das 15fache bedeutet. Löhne sind scheinbar nur auf das Fünffache gestiegen (siehe die Lohnabrechnung der Metallgesellschaften, p. 23). Es ist, nach den Details des Familienbudgets und den Löhnen, in diesem Bericht schwer vorstellbar, wie selbst gelernte Arbeiter damit auskommen können. So verdient die höchste Stufe der Berliner städtischen Arbeiter (Spezialisten) 12 533 Mk. jährlich. Für Berlin betrug der Mindestbedarf für ein Ehepaar mit 2 Kindern indessen 15 450 Mk. jährlich. Ueberall begegnet man Bankrott und Defizit im Einzelhaushalt wie im Staat.

Alles, was wir von den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland kennen, bestätigt diese Zahlen. Große Geschäfte mögen noch große Dividenden verdienen, Spekulanten mögen gedeihen; aber die Arbeiter (einschließlich die Kopfarbeiter) leben unter einem erträglichen Niveau.

Herr C. R. Buxton, der bei einer Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet lebte, hat diese Bedingungen beschrieben. Während der Normalarbeitstag 7 Stunden beträgt, müssen die Leute an zwei Tagen der Woche 10½ Stunden unter Tage arbeiten, um die Kohlenleistungen an Frankreich zu fördern. Der Bergmann, bei dem er wohnte, nahm jeden Tag 4 Scheiben schwarzes Brot und ein Stückchen Speck in die Grube mit. Fleisch gab es nur Sonntags. Trotzdem sind die Bergarbeiter noch besser ernährt als andere Kategorien der deutschen Arbeiter. Kein Wunder, daß, wie die offiziellen

Statistiken zeigen, die Sterblichkeit der Kinder zwischen 6 und 15 Jahren um 55 Proz. gestiegen ist. Die Ueberlebenden sind unterernährt, unter dem Normalgewicht, und englischer Krankheit und Tuberkulose unterworfen. Milch ist gewöhnlich nur für Kinder bis zu 4 Jahren, für Sieche und stillende Mütter verfügbar, und dann nur in ungewissen und geringen Mengen. Eine kürzlich stattgehabte Untersuchung in sieben Berliner Schulen zeigte, daß die Hälfte der Kinder unter dem Normalgewicht und der Normalgröße war. Ein französischer Journalist (M. Valot), der kürzlich Berlin besuchte, berichtet („L'Oeuvre" vom 16. November), daß in einer Gemeindeschule (secondary school) 11 Proz. der Kinder ohne Hemd waren. Und das waren Kinder der Mittelklasse. Eine ärztliche Untersuchung über die Lage der Kinder in den Elementarschulen Münchens im jetzigen Winter ergab, daß 38 bis 42 Proz. keine Unterkleidung, 37 Proz. keine Strümpfe und 11 Proz. keine Stiefel hatten. („Frankf. Zeitung", Wochenblatt vom 9. Februar.) Wie Mr. A. G. Gardiner nach seinem kürzlichen Besuch es ausdrückte: „Wenn man durch die Schulen geht, so hat man das Gefühl, als ob eine ganze Generation von einem Gifthauch getroffen ist."

Man muß den Wirkungen der Auferlegung einer Entschädigung auf eine Bevölkerung in diesem Zustand ehrlich ins Auge sehen.

Die Einfuhr muß auf ein Minimum reduziert werden, was bedeutet, daß weniger ausländische Nahrungsmittel eingeführt werden. Neue Steuern werden erhoben werden, die natürlich auf den Konsumenten abgewälzt werden, und die Preise werden steigen. Wenn die Arbeiter das nächste Mal höhere Löhne verlangen, so wird man ihnen sagen (und wahrscheinlich mit Recht), daß mit der Belastung der 12prozentigen Ausfuhrabgabe jede Vermehrung der Löhne es unmöglich machen würde, die um die fremden Märkte errichtete Barriere zu durchbrechen. Die Entschädigung kann nur gezahlt werden durch den Export von im Grunde durch Gefangenenarbeit hergestellten Waren, die von ausgepreßten Arbeitern unter Einmarschdrohungen produziert werden.

Einfache Menschlichkeit und die Solidarität einer Arbeiterklasse mit der anderen ist Grund genug, sich mit aller Kraft dieser grausamen Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger zu widersetzen. Aber es gibt noch andere Gründe. Der physische Ruin dieser fähigen Nation, die Fortführung eines Lebens unter dem Existenzminimum für 42 Jahre muß, wenn sie wirklich auferlegt werden kann, schließlich die Rasse selbst vernichten und mit ihr die produktivste und fortgeschrittenste Zivilisation des Kontinents.

An zweiter Stelle können und werden die Deutschen, während sie nur daran denken dürfen, eine günstige, sehr große Handelsbilanz zu schaffen, praktisch nichts aus dem Vereinigten Königreich importieren. Der ganze Gedanke einer Entschädigung bedeutet Ausfuhr ohne Einfuhr. Die Zahlung einer Entschädigung kann nicht mit den gewöhnlichen Handelsvorgängen verglichen werden. Normaler Handel ist Austausch. Wenn wir vor dem Kriege Waren von Deutschland erhielten, zahlten wir für sie mit Exporten. Mit anderen

Worten: bei uns wurde Arbeit angewandt, um die Zahlung zu gewinnen. Eine Entschädigung indessen kann bei uns keine Nachfrage nach Arbeit hervorrufen. So muß sie in doppelter Hinsicht die Arbeitslosigkeit verschärfen: 1. weil die deutsche Kaufkraft auf dem englischen Markt geschwächt ist, und 2. weil diese Gratiseinfuhr keiner Nachfrage nach britischen Ausfuhrgütern entspricht. Einige Waren können infolgedessen bei uns sehr verbilligt werden, wenn die Preise nicht durch die Ausfuhrabgabe künstlich aufrechterhalten werden. Aber da die deutsche Konkurrenz unter der Peitsche dieser Forderungen sich in wachsendem Maße im In- und Ausland fühlbar machen wird — wie werden sich da unsere eigenen Verhältnisse entwickeln?

Daß die Entschädigung verwirrenden Einfluß auf unsere eigene Industrie haben wird, ist keine bloße Mutmaßung. Ein Beispiel kann man bereits beobachten: indem der Vertrag von Versailles Deutschland alle Ozeanschiffe und die meisten kleineren Fahrzeuge wegnahm, machte man es sofort für Deutschland schwierig, einen Ausfuhrüberschuß (oder eine Entschädigung) zu schaffen, und traf die britischen Werften schwer. Die Regierung erhielt von Deutschland eine Anzahl von Schiffen, die etwa einer Jahresproduktion der britischen Werften entsprach. Das Angebot dieser Schiffe an britische Reeder durch Lord Inchcape verursachte einen Zusammenbruch in den Preisen auf dem Markt für Schiffsraum und viel Arbeitslosigkeit und Not in den britischen Schiffbaubezirken. Die Schiffbauer haben gegen eine Maßnahme protestiert, die bei den niedrigen Preisen eines Zwangsverkaufs für sie ein vernichtendes „Dumping" bedeutet. Bis jetzt (Februar 1921) hat die Regierung etwa ein Drittel der deutschen Schiffe verkauft, so daß noch weiteres Elend folgen wird. So ist das Resultat hinsichtlich der hauptsächlichen Sachentschädigung, die wir schon von Deutschland erhalten haben, verhängnisvoll. Auf Grund des Friedensvertrags haben die Verbündeten das Recht, Deutschland aufzufordern, für sie ohne Bezahlung 5 Jahre lang neue Schiffe bis zu 200 000 Tons jährlich zu bauen; wenn dieses Recht ausgeübt wird, wird viele Jahre lang andauernde Arbeitslosigkeit auf den britischen Werften herrschen. Die erzwungene Abgabe deutscher Kohle an Frankreich hat ähnliche Ergebnisse gehabt. Der französische Kohlenmarkt war überfüllt und die Preise fielen auf 23 Schilling die Tonne. Unser Export ging zurück, in Südwales folgte Arbeitslosigkeit und die Löhne mußten heruntergehen.

Schwitzkonkurrenz.

Niemals in unserer Wirtschaftsgeschichte sind wir einer Konkurrenz dieser Art begegnet. Gelernte Arbeit wird in Deutschland mit 8, 7 oder 6 Mk. pro Stunde bezahlt; ungelernte Frauenarbeit mag vielleicht 2 Mk. wert sein. (Bericht p. 30, 51—53.) Die Mark gilt gegenwärtig im Durchschnitt einen Penny. Mit anderen Worten: Deutsche Arbeiter erhalten, bei derselben Vorbildung wie die unserigen, weniger als ein Drittel der englischen Lohnsätze. In Oesterreich liegt die

Sache noch schlimmer. Im letzten Jahr war der Lohn für die höchstqualifizierten Metallarbeiter in Wien 2 Penny pro Stunde, bei damaligem Stand der Valuta (die seitdem stark gefallen ist). Man denkt an den ähnlichen Fall der Schwitzarbeit im Orient. Aber man braucht einen indischen und zwei chinesische Kulis, um einen Baumwollwebstuhl zu bedienen, während ein englischer Weber 4, 5 oder gar 6 bedienen kann. Es gibt klare Grenzen für das, was man durch asiatische Schwitzarbeit erreichen kann. Diese deutschen und österreichischen Arbeiter aber sind, abgesehen von ihrer augenblicklich herabgesetzten Lebenskraft, so fähig und kultiviert wie unsere eigenen.

Der geringe Valutastand ist für den deutschen Unternehmer auf dem Weltmarkt insofern ein Vorteil, als er niedrige Arbeitskosten bedeutet. Er ist eine starke Belastung insofern, als er den Einkauf von Rohmaterial erschwert. Aber das wird durch die Beteiligung ausländischer Privatkapitalien an deutschen und österreichischen Banken und Unternehmungen aufgewogen, wie dieser und andere offizielle Berichte dartun. Amerikanisches, holländisches, britisches und sogar französisches Kapital strömt ein, um mittels dieser billigen Arbeitskräfte Profite zu machen. Was es dann tun wird, ist klar. Da es den Kontinent „durchdringt" und sich aus dieser Quelle Profite sichert, wird es in einer starken Position sein im Kampf mit den britischen Arbeitern. *Das Kapital wird verlangen, daß wir unsererseits die augenblickliche Lebenshaltung des Kontinents annehmen*, die Lebenshaltung, wenig über dem Existenzminimum, wenn wir nicht unsern ganzen Handel allmählich von uns fortgleiten sehen wollen. Das wird der hauptsächliche, dauernde Gewinn des Kapitals aus dem Siege sein.

Arbeitslosigkeit — ein internationales Problem.

Es ist also klar, daß keine inneren Heilmittel viel tun können, die augenblickliche Arbeitslosenkrise zu beheben, ausgenommen allerdings als Palliativmittelchen zur Behebung des Elends der augenblicklichen Opfer. Das Problem ist international, eine Erbschaft des grausamen Krieges und des furchtbaren Friedens. Und ebenso ist es nicht genug, so wie viele zu sagen, daß wir Europa helfen müssen, wieder zu produzieren. Produktion unter solchen Bedingungen, wie sie die Entschädigung diktiert, würde sofort unsere eigene Lage verschlimmern. Unser Ziel muß eher sein, den Güteraustausch wieder in Gang zu setzen und den gesamten Lebensstandard in Mitteleuropa zu heben.

Das Problem ist äußerst kompliziert. Es wäre leicht, eine Politik vorzuschlagen, der das britische Weltreich folgen könnte, wenn es allein stände. Aber wir müssen entweder unsere Verbündeten überzeugen oder sonst sie beherrschen. Als letzten Ausweg sollten wir uns vorbereiten, falls Frankreich, Polen und die übrigen nicht von der Politik des Militarismus und der Forderungen abstehen wollen, sie ihren Plänen zu überlassen und den Vertrag sich selber ausführen zu lassen. Doch hat Frankreich schwer gelitten, und viel könnte getan werden, ihm Mäßigung leichter zu machen. Unser eigener Anteil an der Entschädigung fällt

hauptsächlich unter den Titel Zurückzahlung von Kriegsrenten und Vergütungen, was wir für unrechtmäßig halten. Wenn wir darauf verzichteten, würde ein größerer Teil dessen, was anständigerweise gefordert und eingetrieben werden kann, Frankreich überlassen werden. Ferner brauchen Polen und andere der kleineren Verbündeten dringend wirtschaftliche Hilfe (z. B. Versorgung mit Rohwolle auf Kredit, um die Industrie wieder in Gang zu bringen). Der praktische Verlauf würde sein, die Gewährung solcher Hilfe abhängig zu machen von ihrer Zustimmung: 1. zur Revision des Friedensvertrages, 2. zur Abrüstung und 3. zum Frieden mit Rußland.

Wie weit unsere eigenen Hilfskräfte uns erlauben, genug auf diesem Wege zu leisten, mag zweifelhaft sein. Amerika muß zu Hilfe gerufen und eine allgemeine Politik auf doppelter Basis eingeleitet werden — keine Hilfe, solange der Militarismus regiert; die großzügigste Hilfe dann, wenn der Militarismus aufgegeben wird. Wenn die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden könnten, unsere Schuld an sie zu streichen, würden wir unsererseits die Schulden der Alliierten an uns streichen. Sogar wenn Amerika sich weigert, könnte es letzten Endes eine billige Politik sein, diese Schulden als Gegenleistung für eine hoffnungsvolle Beruhigung Europas zu streichen.

Revidiert die Verträge!

Der Grundgedanke einer Revision des Versailler Vertrages sollte sein, ihn auf eine Grundlage der Gerechtigkeit zurückzubringen, wie sie die Deutschen selber billigen und ohne dauernden Zwang auch ausführen würden. Sie bestreiten ihre Verpflichtung zur Wiedergutmachung nicht. Sie fordern vor allem Revisionen des Vertrages, die ihnen ihren alten Zugang zu den Weltmärkten und den Rohstoffen wiedergeben. Haben sie Erleichterungen für Produktion und Handel, mit einer Atempause zu Beginn, so könnten sie eine wesentliche Entschädigung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs zahlen. Mit ihrer freiwilligen Zustimmung könnte die Besetzung der Rheinprovinzen sofort beendet werden, mit all den Kosten und Reibereien, die sie bereitet.

Wenn Oesterreich den Anschluß an Deutschland wünscht, sollte das Verbot aufgehoben werden. Zum Teil durch Angebot von Unterstützung, wenn notwendig, durch Drohung mit Boykott, sollte ein Versuch gemacht werden, die Staaten von Mitteleuropa zur Bildung eines losen Wirtschaftsverbandes zu veranlassen, der auf innerem Freihandel ruht. Aber Oesterreich muß von dem phantastischen Berg von Schulden befreit werden, der drohend über ihm schwebt. Es braucht dringend eine Regierungs- (nicht private) Anleihe, um den Ankauf von Rohstoffen und die Ausnutzung seiner Wasserkräfte an Stelle von Kohle zu ermöglichen. Sir William Geddes Plan, wenngleich er ein großer Fortschritt gegenüber den kärglichen Gnaden des Obersten Rates ist, geht gefährlich weit in den Vorschlägen über die Durchdringung mit fremdem, privatem Kapital. Die Alliierten haben für ihre eigenen strategischen und politischen Zwecke Oesterreich ruiniert, indem sie ihm die Kohle fortnahmen.

NK 154

Wenn Wasserkraft der Ersatz sein soll, so sollte sie nicht als Gelegenheit genommen werden zur Ausbeutung durch fremdes Kapital. Hilfskredite zur Wiederbelebung der Industrie sollten so weit wie möglich durch Vermittlung der Großeinkaufsgesellschaft ausgegeben werden und nicht durch private Firmen. Genossenschaften sollten viel benutzt werden, um den Handel zwischen den getrennten und gewöhnlich feindlichen Teilen Oesterreich-Ungarns wieder zu beleben, da diese Gesellschaften frei sind von den herrschenden nationalistischen Vorurteilen.

Der Fall Rußlands ist in mancher Beziehung der einfachste, in anderer der komplizierteste von allen. Es sagt sich leicht, wir brauchen Wirtschaftsbeziehungen, und diese setzen Anerkennung und einen aufrichtigen Frieden voraus. Aber Rußland rollt die ganze östliche Frage auf. Den Abenteuern in Persien und Mesopotamien muß ein Ende gemacht werden, und der türkische Friedensvertrag, in mancher Beziehung der schlimmste der ganzen Reihe, muß revidiert werden.

Schließlich bringt uns die wirtschaftliche Situation Mitteleuropas zurück zu den frühesten Vorschlägen der Labour Party, als der Völkerbund zuerst Gestalt annahm. Wir betrachteten ihn als eine wirtschaftliche Autorität. Wir lehnten ab, zu glauben, daß Kriege verhindert und Rüstungen vermindert wären, wenn die Mächte ihre Politik des wirtschaftlichen Imperialismus fortsetzen, indem sie Territorien an sich rissen, um die Rohmaterialien zu monopolisieren. Die Geschichte der halben Welt hat sich in den letzten Jahren um Kohle, Eisenerz und Oele gedreht. Deutschland zerstörte die Kohlengruben Frankreichs. Wir beuteten die Nöte Frankreichs aus. Frankreich fiel über den deutschen Bergarbeiter her, um ihn auszubeuten: seine Lebenshaltung verschlechterte sich, und früher oder später wird unsere folgen. Die Ketten des Uebels können nur bei Annahme unseres Vorschlages zerbrochen werden, daß die Rohstoffe der Welt durch eine internationale Autorität, entsprechend den Bedürfnissen jeder Nation, rationiert werden. Man müßte diesem Vorschlag nur die Forderung hinzufügen, daß in Fällen dringender Bedürftigkeit (z. B. Oesterreichs) die Rohstoffe auf Kredit, auf Grundlage einer internationalen Anleihe vorgestreckt würden.

Es ist leicht, solche Pläne zu entwerfen. Die unbefangene, uninteressierte Vernunft stimmt zu. Italien und alle kleinen Staaten, die Rohstoffe nötig haben, unterstützen ihn gern. Doch die Großmächte, vor allem Großbritannien und Frankreich, widersetzen sich. Man kann nicht wirtschaftliche Uninteressiertheit als internationale Politik erreichen, während jene Interessen daheim regieren, die aus einer Politik der Eroberung und des Monopols Gewinn schlagen. Wir wollen unser Programm verteidigen, doch nicht vor uns selber verbergen, daß sein Sieg nur möglich ist durch die Aenderung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen im eigenen Lande.

Institut für Europäische Geschichte Mainz

Vorwärts Buchdruckerei, Berlin.

brochures.blogsport.eu